

Antrag

**an die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 07. November 2025**

Keine Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

Seit Monaten sorgen widersprüchliche Aussagen über die Budgetmittel im Sozial- und Gesundheitsbereich für Verunsicherung. Von Seiten der Tiroler Landesregierung war wiederholt von Einsparungen in Höhe von bis zu 15 Prozent bei den sogenannten Ermessensausbgaben die Rede. Gleichzeitig gibt es gegenteilige politische Stellungnahmen, die jedoch nicht von beiden Regierungsparteien einheitlich getragen werden. Diese widersprüchliche Kommunikation verunsichert nicht nur die Träger sozialer Einrichtungen, sondern gefährdet auch die Planungssicherheit in zentralen Bereichen der öffentlichen Versorgung.

Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben schwerwiegende gesellschaftliche Folgen. Sie würden:

- die soziale Infrastruktur schwächen,
- notwendige Prävention verhindern,
- die Teilhabe von benachteiligten Menschen einschränken und
- langfristig zu höheren öffentlichen Kosten führen, weil Probleme später teurer behoben werden müssen – etwa durch steigende Belastungen im Gesundheitssystem oder in der Sozialhilfe.

ANTRAG

Die 190. Vollversammlung der AK Tirol fordert die Bundesregierung (insbesondere das Sozialministerium) und die Landesregierung (Ressort Soziale und Gesundheit) auf, keine Kürzungen des Sozial- und Gesundheitsbudgets vorzunehmen.